

Karlsruhe, im März 2006

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in den ersten Monaten des neuen Jahres stehen wieder viele interessante kommunalpolitische Themen auf der Tagesordnung. Die Zoo-Erweiterung, der Flughafenstreit und nicht zuletzt der Streit im öffentlichen Dienst, der konkrete Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger hat, um nur einige zu nennen. Zu diesen und anderen Themen wollen wir in dieser Ausgabe Stellung beziehen.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion grüßen Sie herzlich!



Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

■ Ausgang der Landtagswahl wichtig für Karlsruhe

Für unsere Stadt ist der Ausgang der Landtagswahl am 26. März von großer Bedeutung. Es geht darum, ob die Stuttgart zentrierte Politik der Landesregierung eine Fortsetzung findet oder eine Politik zum Tragen kommt, die für einen fairen Ausgleich der Landesteile sorgt und damit auch Karlsruhe gebührend berücksichtigt. In den vergangenen fünf Jahren wurden in Stuttgart Entscheidungen zu Lasten Karlsruhes getroffen. Einige Beispiele sind:

- **Die Stuttgarter Messe erhält 30 % Investitionszuschuss, die Neue Messe Karlsruhe 15 %.**
- **Verteilung der Mittel für den Auf- und Ausbau von Ganztageschulen: der Regierungsbezirk Stuttgart erhält 68,5 Mio. Euro, der Regierungsbezirk Karlsruhe 34,5 Mio. Euro. Sämtliche 17 Karlsruher Schulen sind leer ausgegangen.**
- **Die Entscheidung für den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden und gegen eine Genehmigung von Lahr steht nach wie vor aus – siehe Bericht unten.**
- **Die Verwaltungsreform des Landes vernichtet Arbeitsplätze in Karlsruhe. Beispiel: Auflösung des Landeswohlfahrtsverband Baden – siehe Bericht unten.**
- **Die Landesregierung kürzt ÖPNV-Mittel zu Lasten Karlsruhes, um Stuttgart 21 zu finanzieren.**
- **Zusage zur Erweiterung des Karlsruher Generallandesarchiv wurde nicht eingehalten.**

■ SPD-Stadträtin Ute Müllerschön kandidiert für OB-Wahl

Ute Müllerschön, Stadträtin der SPD-Fraktion, wird am 2. Juli für die Wahl zur Karlsruher Oberbürgermeisterin antreten. Unter dem Motto „Frischer Wind für Karlsruhe“ will sie als Oberbürgermeisterin für einen neuen, offenen Politikstil in unserer Stadt eintreten, der die Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Ihre drei Leitmotive sind: Mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Bürgerbeteiligung.



■ SPD-Fraktionsvorsitzende rufen zur Einigung beim Streik auf

In einer gemeinsamen Presseerklärung haben die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen aus Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und ver.di aufgefordert, sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schnellstens auf einen fairen Kompromiss zu einigen. Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden darf dabei keine Seite der im Streik befindlichen Parteien den Versuch unternehmen, die Gegenseite zu demütigen. Die Tarifautonomie hat sich in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen in der Vergangenheit bewährt und ist auch jetzt das richtige Instrument einen Interessenausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer und den Zwängen der Kommunen herzustellen. Sie ist für unser Land zu wichtig, um auf dem Altar von Hitzköpfen beider Seiten geopfert zu werden.

Was die Kommunen heute und in der Zukunft brauchen, sind funktionierende öffentliche Dienstleistungen und ordentliche Arbeitsbedingungen, für die damit betrauten Beschäftigten. Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen ist die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit, mit dem einzigen Ziel, Stellen abzubauen, kontraproduktiv. Bei der Frage der Arbeitszeit muss in den Verhandlungen der Tarifparteien Arbeitsplatzsicherheit und Dienstleistungsqualität eine entscheidende und gleichgewichtige Rolle spielen. Die Finanznot der Städte und Gemeinden ist mit einer immer restriktiveren Personalpolitik nicht zu beheben. Ebenso wenig darf ver.di aber übersehen, dass nur konkurrenzfähige öffentliche Betriebe auf Dauer öffentlich bleiben können.

Die SPD-Fraktion Karlsruhe begrüßt, dass sich mittlerweile Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine Schlichtung geeinigt haben.

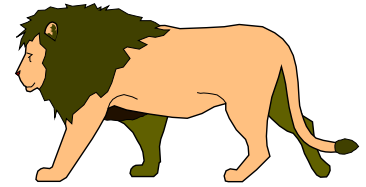
■ Oettinger bricht Wort im Flughafen-Streit

Mitte Januar auf dem Neujahrsempfang der IHK-Karlsruhe verkündete Ministerpräsident Günther Oettinger lauthals: „Ich will am Rosenmontag schunkeln und das Thema vom Tisch haben“. Damit stellte er in Aussicht, den Streit um die Genehmigung für den Flughafen Lahr zu entscheiden. Er hat jedoch nicht Wort gehalten: Bis heute gibt es keine Entscheidung der Landesregierung. Der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden muss nach wie vor damit rechnen, mit Lahr eine Konkurrenz zu bekommen, die seine Wirtschaftlichkeit in Frage stellen wird.

Durch diese Entwicklung sieht sich die SPD-Fraktion darin bestätigt, dass sie im Doppelhaushalt 2003/2004 die Subventionierung des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden in Höhe von über 1. Mio. Euro pro Jahr bis 2015 abgelehnt hat. Nach wie vor ist die SPD der Auffassung, dass der Betrieb eines Flughafens keine kommunale Aufgabe ist.

■ **SPD fordert Beschleunigung bei Zoo-Erweiterung**

Ebenso wie die Zoo-Freunde Karlsruhe kritisiert die SPD-Gemeinderatsfraktion die Verzögerung bei der beschlossenen Zoo-Erweiterung.



Für Anfang Januar war ein Zwischenbericht der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe versprochen. Der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen Ende Januar, in dem die Fraktionen den Bericht erwartet hatten, wurde kurzfristig abgesagt. Für die SPD drängt sich der Eindruck auf, dass im Rathaus nicht erkannt wird, dass in Anbetracht leerstehender Zoogehege und sinkender Besucherzahlen dringender Handlungsbedarf besteht. Verwaltungsinterne Eifersüchteleien und Querelen zwischen den beteiligten Ämtern in der Frage, wie groß der Eingriff in den Stadtgarten für die Zoo-Erweiterung sein darf, dürfen den zügigen Fortgang der Planungen nicht behindern. Für die Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger und Ute Müllerschön, Mitglied im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, darf der OB die Zügel nicht länger schleifen lassen, sondern muss die beteiligten Ämter zur Einigung aufrufen. Vage Projekte im Masterplan 2015 sind das eine, konkrete Projekte wie der Zoo das andere. Mittlerweile sagte die Verwaltung zu, den Zwischenbericht Anfang Mai im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

■ **SPD setzt sich für Mitarbeiter des Landeswohlfahrtsverbandes ein**

Durch die Verwaltungsreform der Landesregierung wurde zu Lasten des Standortes Karlsruhe der Landeswohlfahrtsverband Baden aufgelöst und in den neu gegründeten Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart integriert. In Karlsruhe ist lediglich ein Dienstgebäude in Form einer Außenstelle verblieben. Nach uns vorliegenden Informationen soll dieses Dienstgebäude im Beiertheimer Feld von der Stuttgarter Zentrale bereits veräußert worden sein. Im Kontext des daraus resultierenden Umzugs in andere Räumlichkeiten soll nun ein Teil des Karlsruher Stammpersonals, die Rede ist von ca. 15 % der Karlsruher Belegschaft, an den Stuttgarter Zentralsitz verlagert werden. Damit gehen unwiderruflich Arbeitsplätze in Karlsruhe verloren! Dass dies nur der Anfang ist, muss in Anbetracht der schmerzlichen Erfahrungen aus der Vergangenheit, was die Verlagerung von Behörden von Karlsruhe nach Stuttgart betrifft, befürchtet werden. Für besonders verwerflich halten wir die Informationspolitik des Landes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalverbandes werden nicht ausreichend und nicht rechtzeitig genug über ihre weitere Verwendung informiert, was bei vielen Betroffenen Zukunftsängste verursacht.

In einem offenen Brief an Oberbürgermeister Fenrich bittet die SPD-Fraktion darum, alles zu unternehmen, um die Abwanderung der Karlsruher Arbeitsplätze nach Stuttgart zu verhindern.

■ **SPD setzt sich für Erhalt der Sparkassen Informatik in Karlsruhe ein**

Ende 2006 läuft die Bestandsgarantie für die Sparkassen Informatik am Standort Karlsruhe ab. 450 Arbeitsplätze wären von einer Schließung betroffen. Für die Sparkassen Informatik ist der Standort Karlsruhe aufgrund der Nähe zur Universität, insbesondere zur Fakultät für Informatik, geradezu ideal. Es muss alles unternommen werden, um die Arbeitsplätze in Karlsruhe zu erhalten, zumal bereits durch den Verkauf der Karlsruher Lebensversicherung eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in Karlsruhe verloren gehen werden. Per Antrag hat die SPD den OB aufgefordert, sich für den Erhalt einzusetzen.

Auch die Karlsruher Landtagsabgeordneten Regina Schmidt-Kühner und Günter Fischer haben sich für die Sparkassen-Informatik stark gemacht. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass im Landtag ein interfraktioneller Antrag auf den Weg gebracht wurde, der sich für die Standorte Karlsruhe und Fellbach in Baden-Württemberg und gegen eine Verlegung nach Bayern ausspricht.

■ SPD sorgt sich um Wirtschaftsstandort Karlsruhe

Die SPD-Gemeinderatsfraktion bedauert, dass die IWKA ihre Hauptverwaltung wahrscheinlich nach Augsburg verlegen wird. Damit droht dem Wirtschaftsstandort Karlsruhe innerhalb kürzester Zeit erneut ein Verlust an Arbeitsplätzen. IWKA reiht sich in eine bedauernswerte Folge von Unternehmensentscheidungen ein, die Arbeitsplätze in Karlsruhe vernichten. Die SPD erinnert in diesem Zusammenhang an die Schließung der Firma Ragolds mit einem Verlust von 150 Arbeitsplätzen, den Verkauf von Mann Mobilia mit einem Abbau von 130 Verwaltungsarbeitsplätzen und schließlich an den Verkauf der Karlsruher Versicherungen, der ebenfalls einen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge haben wird. Was läuft schief in unserer Stadt, insbesondere bei der Wirtschaftsförderung, dass innerhalb weniger Monate viele Arbeitsplätze in Karlsruhe verloren gehen, fragt die Fraktionsvorsitzende der SPD Doris Baitinger. „Augenscheinlich gibt es Defizite bei der Bestandspflege von in Karlsruhe ansässigen Unternehmen. Die Wirtschaftsförderung reagiere immer nur, anstatt selbst vorausschauend tätig zu werden. Dass Oberbürgermeister Fenrich von der IWKA-Entscheidung erst aus der Zeitung erfahren hat, spricht Bände über die Wirtschaftspolitik der Stadt.“ Die SPD erhofft sich vom neuen Leiter der Wirtschaftsförderung innovative Ideen sowohl für die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze als auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen.

■ SPD dankt dem Landtagsabgeordneten Günter Fischer



Vor rund einem Monat feierte der Karlsruher SPD-Landtagsabgeordnete Günter Fischer seinen 65. Geburtstag. Deshalb kandidiert er auch nicht mehr für die Landtagswahl am 26. März, sondern wird in eine neue, gleichwohl nicht politiklose Lebensphase eintreten. In seinem Wahlkreis Karlsruhe Ost wird Johannes Stober für die SPD antreten. Günter Fischer hat Karlsruhe in den letzten 10 Jahren im Landtag vertreten – mit Kompetenz, Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft. Er hat in Stuttgart darum gekämpft, dass Karlsruher Projekte von der ansonsten Stuttgart zentrierten Landespolitik wahr- und in Angriff genommen werden.

In unzähligen Anträgen, Anfragen, Plenarreden sowie Pressemitteilungen hat er sich für Karlsruhe engagiert. In seiner letzten Rede im Landtag setzte er sich für den Erhalt der Sparkassen-Informatik am Standort Karlsruhe und damit für die Sicherung von Arbeitsplätzen ein (siehe auch oben). Als Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion hat er sich in ganz Baden-Württemberg einen hervorragenden Namen gemacht. Als langjähriger Karlsruher Stadtrat und Geschäftsführer der SPD-Gemeinderatsfraktion wusste er stets, Kommunalpolitik und Landespolitik verzahnt zu betrachten.

Die SPD-Fraktion Karlsruhe dankt Günter Fischer für seinen vorbildlichen und unermüdlichen Einsatz auf allen politischen Ebenen, auf denen er rund 20 Jahre gewirkt hat. Er hat sich um die SPD, vor allem jedoch um die Stadt Karlsruhe verdient gemacht. Für seinen weiteren Lebensweg wünscht ihm die SPD-Fraktion alles Gute.

